

Reaktion solche Herrschaften sein, die ein sehr mangelhaftes Rechtsbewusstsein besitzen, sonst wäre solch schreiende Ungerechtigkeit nicht möglich. Außerdem stellen sie sich aber auch eine große Verantwortung aus, daß sie sich von Morfanti auf neue hinteres Licht führen lassen. Aber es ist damit ein neuer Beweis erbracht, daß die Franzosen das schändliche Treiben Morfantis unterstützen, der dann bei dem nächsten Aufstand wieder von einer „Lionnischen Volksherrschaft“ abgelöst wird.

Morfanti hat sich nicht nur hier in Oberitalien ein Oberrechtswort, sondern es von Truppen, wie auch aus den letzten Berichten hervorgeht. Wer würde angesichts der Truppenkonzentration an der Grenze noch zweifeln, daß Morfanti nicht abtrüßel und einen neuen Aufstand beabsichtigt. Wenn hier von der Fülle nicht ganz energische Maßnahmen ergriffen werden, dann wird Oberitalien ein zweites Italien. Betrachtet man das bisher Erreichte, so müssen wir feststellen, daß der Aufstand, der jetzt die ganze Woche tobt, derzeit abgebrochen wird, daß ein neues Verbot jederseits erfolgen kann.

### Bismarcks weltpolitisches Vermächtnis.

Veipitz, 26. Juni. Unter den Vorträgen, die während der Veipitzer Universitätswochen von hervorragenden Vertretern der Wissenschaft gehalten wurden, fand der von Professor Brandenburg gehaltenen „Bismarcks weltpolitisches Vermächtnis“ besondere Beachtung, und zwar um so mehr, als Professor Brandenburg bekanntlich bei der großen politischen Ära in Publikation über die Zeit nach 1871 betraut ist. Wie er mitteilte, werden noch im Laufe dieses Jahres die ersten Bände erscheinen. Das gewaltige Material lasse erkennen, daß der Höhepunkt von Bismarcks politischem Schaffen nicht etwa in den Einigungskriegen, sondern in der Zeit nach 1871 gelegen habe, wo es seine Hauptaufgabe gewesen sei, einen Napoleonischen Frankreich zu verhindern und den Frieden nicht nur in Deutschland, sondern für ganz Europa überhaupt zu erhalten. Die erste Aufgabe habe die vollständige Isolierung Frankreichs, der Drei-Mächte-Bund und der Ausverhandlungsverträge mit Rußland geheißen. Mit England habe Bismarck stets ein gutes Verhältnis gepflegt, habe aber ein Bündnis eingehen wollen, da alle Bündnisse in England erst von dem Parlament zu billigen und wenn nur mit vier gerade herrschenden Parteien abgeschlossen, werlos seien. Sein viel zitiertes Brief an Salisbury aus dem Jahre 1887 habe nur eine gemeinsame Mittelmeerpolitik Englands mit Italien und Österreich bezeugt. Gleichwohl habe er 1889 um die Neutralität Englands für den Fall eines deutsch-französischen Konflikts zu bitten, es freilich nachher, verfuhr in ein engeres Verhältnis zu England zu kommen. Um die Neutralität zu der Planmäßigkeit der Bismarckschen Politik hätten die Ereignisse überhaupt seinen Plan mehr geholt, sondern hätten von der Hand zu lassen geliebt. Das Ausland sei durch diese Planmäßigkeit unruhig geworden und habe daher seine Pläne dahinter vermutet, allerdings völlig ohne Grund. Sehr zu bedauern sei, daß Bismarck, der nur Befehle seines Willens brauche, seine Nachfolger hinterlassen habe. Hier sei er von Schuld nicht ganz freizusprechen. Das deutsche Volk sei leider ein unpolitisches und habe nur zuweilen große politische Kräfte und Führer hervorgebracht, der gute Durchschnitt des Staatsmannes, der England zu große Erfolge brachte, fehlte bedauerlicherweise bei uns gänzlich, und es sei nur zu hoffen, daß die Zeit der Not einen solchen Tag auch bei uns heraufbringe.

### Der Kronprinz beim Kaiser.

Dresden, 27. Juni. Der deutsche Kronprinz ist in Begleitung des Bürgermeisters von Weingarten am Freitagabend in Dörsch in einem Besuche für mehrere Tage eingetroffen.

### Der Dollar als innerdeutsches Zahlungsmittel!

Berlin, 27. Juni. In Westamerikanischen, die die Stadt Berlin mit verschiedenen Unternehmungen abschließen hat, hat sie als erste öffentliche Körperchaft, um Verlusten durch weitere Entwertung der Reichsmark zu entgehen, bestimmt, daß die Banken und Banken von den Unternehmern nicht mehr ausschließlich in Reichsmark, sondern in amerikanischen Dollars zu zahlen sind. Nach den Verträgen steht der Stadt das Recht zu, die Entziehung der Mark- und Wechselverträge gegebenenfalls in Dollars bzw. den entsprechenden deutschen Gegenwerten zu fordern. Wir sind weit gekommen in Deutschland!

### Glottis Mehrheit.

Kom. 27. Juni. In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschaft- und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über. Glottis lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil sei einschließlich der Worte „in der Innenpolitik“ wurde mit 24 gegen 20 Stimmen bei 6 Stimmenthaltenungen, der zweite Teil mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt.

### Kunst und Wissenschaft.

\* Albert-Theater. Für das Schauspiel von Hermann Kästner haben sich folgende Spielplanänderungen nötig gemacht: Dienstag: „Die Nacht der Jenua Wind“; Mittwoch: „Der letzte Wale“; „Die große Katharina“ und „Die musikalische Komödie von Herrn Schanz“; Donnerstag: „Der letzte Wale“ und gleichzeitige letzte Vorstellung vor den Herren: „Die Nacht der Jenua Wind“.

\* Kirchenkonzert. Der Lutherverein, der sich die Erhaltung deutscher evangelischer Schulen im Ausland zur Aufgabe gestellt hat, veranstaltete am Sonntag in der kleinen, freundlichen Kirche am Stübelsplatz eine „musikalische Johannisfeier“, die zahlreiche Besucher angelockt hatte, so daß das Gotteshaus bis auf den letzten Platz besetzt war. Unter den Mitwirkenden war kein Geringerer, als unser Orgelmacher: Kirchenmusikdirektor Pianischel. Hatte er zwar nicht sein großes Konzertinstrument der Kreuzkirche unter den Händen, so wußte doch seine Virtuosität auch auf der kleineren, übrigens sehr kluggehörten Orgel passende Wirkungen zu erzielen, insbesondere in zwei Sätzen aus Handels-Konzert, welches in seiner reichlichen Kreidentimmung seiner weltanschaulichen Melodiebogen ein echter Händel ist. Pianischels Tochter, Frau Köppler-Pianischel, lernte man als eine für den Kirchenchor wohlgeeignete Sängerin kennen. Ihr Sopran ist kräftig und hell. Unter ihren Gesängen: „Hymne von Bach“, „Offertorium von Schumann“, „Abendlied von Gerhardt“ usw. gingen einem die zwei „Water-unter“-Stücke von Cornelius wegen ihrer innig-schönen Melodie besonders nahe. Wir haben gewiß allem modernen Schaffen wohlwollend und mit Anteilnahme zugehört, aber nach der jahrelangen Melodielosigkeit kann man sich doch des Sehns nach Melodie nicht mehr recht erwehren, und melodische Werke von früher finden stärkere, seelische Resonanz als je. Zum Programm lieuerte ferner der Liebhaber-Gesellschaft Kapellmeister mehrere bekannte Werke bei.

\* Die Vereinigung von Förderern und Freunden der Universität Veipitz. Im Mai 1900 hat in aller Stille der Privatgelehrte August Zier den Versuch unternommen, wieweit für die Universität Veipitz die Gefahr zu verhüten, daß zahlreiche junge Gelehrte ins Erwerbsleben übergehen oder ins Ausland zu flüchten suchen. Es galt, Verständnis und Opferwilligkeit zu wecken, um der Universität in ihrer Notlage beizuhelfen. Die neu gegründete „Vereinigung von Förderern und Freunden der Universität Veipitz“ will nicht eine Entlastung des

### Verliches und Sächliches.

Dresden, 27. Juni.

### Der Gau lag des Aldeutschen Verbandes (Oberelbegau)

wurde am 26. Juni im Künstlerbunde abgehalten. Trotz des herrlichen Sonntagswetters hatten sich die Teilnehmer in erhebender Anzahl zusammengefunden. Im Rahmen des Gauverbandes des Oberelbegaus hielt Dr. H. A. A. L. außer den Vereinsmitgliedern und Gästen besonders den Redner des Tages, Anwalt Dr. Bang, herzlich willkommen. Nach dem Hinweis Dr. Wentels auf einige deutsch-völkische wertvolle Schriften und auf das Garzer Bergtheater in Dale, sowie auf die bevorstehenden Weipitzer Gänge der Bauernhochschule in Dörsch sprach Schauspieler Rudolf Albert Schillers „Worte des Glaubens“ und Bildenbruchs „Deutschland und die Welt“.

Alsdann ergriff Dr. Bang das Wort und sprach über: „Die Einigung der Deutschen“. Wenn man die Verhältnisse des Vaterlandes ins Auge faßt, könne einem bismarckisch wohl bange werden vor der Zukunft des Reiches. Wenn ein Minister der Reichsregierung in den Tagen des politischen Ueberflusses von den freiwilligen deutschen Truppen als von einem „Freiwilligenverein“ spricht, und wenn ein deutscher Bergarbeiterverband Geld sammelt für wirtschaftliche Räte in England, da scheint es bismarckisch, als wäre es in der Deutschen Republik geradezu politisch verboten, deutsches Ergehe zu haben. Trotzdem dürfte man sich keiner Schwäche hingeben und müsse erfüllt sein von selbstlichem Glauben an die Zukunft, die weder Herrn Rathenau, noch Herrn Vossin gehört, sondern allein dem deutschen Volke selber. Das sei gerade der geistliche Sinn unserer Tage, daß wir im großen Endkampf zwischen dem Deutschen gegen das Undeutsche. Wir müßten ein deutsches Volk werden, das wir nicht mehr seien nach innen und nach nicht nach außen. Ueber die Anschlussfrage der Deutsch-Esterreicher könne man heute mit besonderer Freude sprechen. Noch niemals, weder im Kaiserium des Mittelalters, noch weniger im Kaiserium der Habsburger in der Neuzeit, habe ein einheitliches Großdeutschland völkischen Charakters bestanden. Erst der Weltkrieg habe dafür Bahn gebrochen. Und so ständen wir geschichtlich an einem bedeutungsvollen Anfang. Da das Heute nur aus dem Geiern verstanden werden könne, wurde die Anschlussfrage erörtert im Rahmen eines großen Ueberblicks über die deutsche Geschichte. Die Verbindung der Einheit aller Deutschen sei der leitende Gedanke der Habsburgischen Politik im Anfang des 19. Jahrhunderts gewesen, wie man denn überhaupt in der Angst vor der deutschen Einheit eine der Triebkräfte der Weltpolitik erblicken könne. Weiterhin und keineswegs Bismarck sei der Vater der Ereignisse von 1866, in denen durch Bismarck der deutsch-völkische Gedanke als solcher keine Rettung fand. Diese Bismarcksche Tat sei nur eine Teilentscheidung gewesen. Bismarck habe sein Vertrauen zu der unvollständigen „Moral-moral“ der Habsburger beiseite, heute aber, nach dem Sturz der Habsburger, würde auch Bismarck „Großdeutscher“ und Anhänger des Anschlussgedankens sein. Und so fordere die Anschlussfrage der Brüder in Deutschland eine dringende Lösung. Der Wille unserer Feinde, die nicht gefest, sondern im Habsburgischen gewonnen hätten, sei kein Geheimnis. Der Wunsch des Zusammenstufes liefe eine tiefe Lebenssehnsucht, d. h. die härteste, unüberwindliche Naturkraft. Eine Vorbedingung freilich müsse erfüllt sein: die Erhaltung des alten herrlichen Preussens als des bewährten Urauslandsbildenden Willens. — Stürmischer Beifall lobte die großartigen Darbietungen des Redners. Zustimmung wurde folgende Entschliessung gefaßt:

Der in Dresden versammelte Gau lag des Oberelbegaus des Aldeutschen Verbandes hält es für die heilige Pflicht der Deutschen im Reich, der durch die Abstimmen in Arol und Salzburg so erschütternd in die Welt hinausgerufenen Sehnsucht der deutschen Brüder in Österreich nach Wiedervereinigung mit uns einen festen Widerhall zu geben und damit zu bekunden, daß dem Einlass fordernden Bruder das alte Vaterhaus und die Bruderarme und Herzen weit offenstehen. Er ist auch überzeugt, daß bei einer Wiedervereinigung wir Reichs-deutschen keineswegs allein die Lebenden sind, sondern in vielen Stücken die Empfangenden, vornehmlich in Hinblick des starken völkischen Bewusstseins, das die im völkischen Grenzkampf erprobten Deutschen Österreich vor uns auszeichnet und das für uns ein Jungbrunnen völkischer Erneuerung werden kann. Er ist endlich von dem tiefsten inständigen Glauben durchdrungen, daß die Einigung der Deutschen, auch der zeitweilig unter fremdem Joch gehenden, wenn sie mit aller Kraft der deutschen Seele gewollt wird, sich über kurz oder lang mit Naturgewalt durchsetzen wird und von seiner fremden Gewalt aufgehoben werden kann. Mit dem Riede: „Deutschland über alles“ schloß die erhebende Feier, nach der man noch zum Kaffee und zu einem gemeinsamen Abendessen zusammenließ.

### Rundgebungen der Dresdner Mieterchaft.

Nur den gestrigen Sonntag waren in allen Teilen der Stadt große Protestversammlungen der Dresdner Mieter gegen das Mietverhinderungsgesetz und gegen die Forderungen der Hausbesitzerorganisation abgehalten. Solche Versammlungen fanden in Hammerhof, im Schillerhaus, im Goldenen Lamm, in der Reichshalle, im Stadtpark, im Lagerkeller Platten, im Parkgarten, im Schillerhaus, in der Mühlenhalle, in der Donatshaus, in der Volkshaus mit gleicher Tagesordnung statt. Ursprünglich war geplant, im Anschluß an die Versammlungen Demonstrationen nach dem Stadtrinner und dem Rathaus folgen zu lassen. Mit Rücksicht auf den Jahresmarkt hat aber die Leitung des Allgemeinen Mietbewohnervereins dahin zu wirken versucht, derartige Umzüge zu unterlassen. Dafür sollen am heutigen Montag 300 Plakatträger die auf Plakaten bezeichneten Forderungen der Mieterchaft durch die Hauptstraßen der Stadt der Öffentlichkeit zu Gesicht bringen. Zu den schon genannten Versammlungen kam noch diejenige im großen, bis auf den letzten Platz gefüllten Gewerkschaftssaal. Den Vortrag hielt Oberpostsekretär Herrmann, der 1. Vorsitzende des Bundes Deutscher Mietervereine und des Allgemeinen Mietbewohnervereins Dresden. Er wies im Umgang seiner Darlegungen, daß diese Rundgebung sich keinesfalls gegen den letzten Hausbesitzer richtete, der mit seinen Mietern verhandeln wolle. Aber der Kampf um die Mieten habe in Dresden schlimme Formen angenommen. An den städtischen Kollegien und am Hausbesitzerverein werde es liegen, die bisher bewährte Ruhe zu erhalten. Die Rundgebung richtete sich nicht gegen den Hausbesitzer, sondern gegen den Hausbesitzer, gegen eine angebotene drei- und vierfache Steigerung der Friedensmieten, wie gegen jede Diskontinuität. Tadel wollten noch die Hausbesitzer ihre Grundstücke dem Verfall preisgeben. Der Mieterverein habe stets berechnete Forderungen anerkannt. Der Redner beschloß weiter die Dresdner Richtlinien, die sich auch andere Städte zu eigen machten, und ging dann näher auf die Forderungen der Mieterchaft unter Anführung von Gründen ein. Der Mieter habe ein Recht darauf, zu wissen, wofür sein Geld komme, das er an den Hauswirt abführe. Ganz unerbittlich seien die von diesem geforderten 30prozentigen Verwaltungsgehälter. Das großstädtische Wohnwesen müsse einmal aus der Gemeinderwaltung übergeführt werden. Dann wandle sich der Vortragende gegen die Spruchkammern des Mietverhinderungsgesetzes und sprach sich dafür aus, daß sich Hausbesitzer und Mieter selbst einigen. Auch müßten die Mieter gegen die geplanten Grundsteuererhöhung, welche die Wohnungen um 20 Prozent verteuere, protestieren. Die Mieterchaft lehne die Verantwortung für die kommenden Dinge ab, wenn nichts gegen die Spekulation im Wohnungswesen geschehe. Der Vorsitzende des städtischen Mietverhinderungsausschusses, Stadtrat Müller, durch viele Zwischenrufe unterbrochen, hielt eine 30prozentige Steigerung der Friedensmieten und 30prozentige Verwaltungsgehälter auf Grund sorgfältiger Berechnungen für angemessen. An den Rundgesprächen könne nichts geändert werden, da sie sich auf rechtsgeltende Bestimmungen gründeten. Nach weiterer Ausbreitung fand nachstehende allgemeine Entschliessung Annahme:

Die Mieterchaft von Dresden und den Vororten weist das Steigerungsabstuf des Dresdner Hausbesitzervereins mit Entschiedenheit zurück. Sie erblickt darin eine schwere Herausforderung der Mieter. Die Mieterchaft, die nicht nur die Kapital- und Hypothekenzahlung garantiert, sondern auch die Mittel für die gesamte Hauswirtschaft aufbringen soll, hat es endlich gefaßt, sich von einer kleinen Minderheit, deren eigener Wille am Grunde außerordentlich gering ist, nach Willkür aussetzen und sich ein ganz selbstverhängliches Kontrollrecht verschaffen zu lassen. Die Mieterchaft erblickt darin den Versuch zu Verleugern.

Das Dresdner Mietverhinderungsgesetz hat es seit seinem Bestehen nicht verstanden, sich den notwendigen Vorzügen zu erwehren. Sowohl die Bedingung der vor dem Einigungsausschuss für Recht stehenden Mieter durch einige Vorzüge und Belüster, als auch der Ausgang zahlreicher Verhandlungen hat gezeigt, daß das Einigungsausschuss in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht den Anforderungen entspricht, die an diesen sozialer Bestimmung noch berechtigterweise zu stellen sind. Die Mieterchaft fordert deshalb unerschrocken Einschnürung beider Vorzüge und rasche Umstellung des gesamten Einigungsausschusses unter Auswahl der Mitglieder durch die Organisationen. Sie fordert grundsätzlich in Hinblick Verhandlung. Die Mieterchaft erwartet die unverzügliche Erfüllung ihrer Forderungen. Sie wird sich sonst die Erfüllung zu erkämpfen wissen.

\* Die Verleihung von Orden und Titeln durch den Papst, über die wir im Montag-Morgenblatt berichteten, bringt die Bestimmung im Artikel 109 der Reichsverfassung in Erinnerung, nach der kein Deutscher von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen darf. Diese Bestimmung ist eine sogenannte lex imperfecta, d. h. es ist etwas verboten, ohne daß dem Verbot eine Strafandrohung angehängt ist. Die Annahme von Orden und Titeln einer ausländischen Regierung — als solche ist in dem vorliegenden Falle der Vatikan zweifellos anzusehen — ist zwar verboten, wer aber Orden und Titel trotzdem annimmt, kann mangels einer Strafandrohung wegen der Annahme nicht bestraft werden. Bestraft werden kann er jedoch, wenn er den Titel führt oder den Orden trägt; denn hier greift § 308 des Reichsstrafgesetzbuchs ein, wonach mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft

geschichte der Oberlausitz, A. D. Ebersbach, der als Geschenk wertvolle Verzierungen aus dem Zittauer Gebirge überreichte, namens des dortigen Humboldtvereins, und ein Vertreter der Lausitzer Richter und Amtsbeamten. Nach Dankesworten des Vorsitzenden wurden einige Personen zu Förderern und folgende zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft ernannt: Oberlieutenant Vamprecht, Baugewerksmeister Raumann — Baugen und Oberlehrer Schütze, Veipitz.

\* Amtliche Sprachpflege im Deutschen Reich. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dronke, Nachfolger Carstus, veröffentlicht in der „Zeitschrift des Allg. Deutschen Sprachvereins“ einen bedeutsamen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums über die Amtssprache. In dem Erlaß heißt es: „1. Der sprachliche Ausdruck muß klar und unabweisbar sein. Vorzuziehen ist, daß beachtet werden sollen, müssen so gefaßt sein, daß sie jeder — auch der weniger Gebildete — verstehen kann. Wer klar denkt, drückt sich auch klar aus. 2. Die Sprache soll einfach sein. Ein sprachlich, der sich in veralteten und veränderten Formeln gefaßt, ist eben abzulehnen, wie jede andere Künstelei. 3. Die richtig gebrauchte Sprache ist ein Schlüssel. Wohlklang der Worte muß sich mit Ebenmaß im Zusammenhang verbinden. Lange Schachtelsätze zerlegen das Ebenmaß eben so sehr, wie verbale Fülle. Worte, die fehlen können, ohne den Sinn des Satzes zu ändern, sind fortzulassen. Kürze ist unangebracht, wenn sie Unklarheit verursacht. Je länger ein Satz ist, desto sorgfältiger und übersichtlicher muß er ausfallen sein. 4. Eine Gewähr dafür, daß der sprachliche Ausdruck der Geistes und Verordnungen allen berechtigten Anforderungen entspricht, bietet die Durchsicht der Entwürfe durch den Allgemeinen Deutschen Sprachverein. 5. Fremdwörter, die mangels durch deutsche Worte ersetzt werden können, haben keine Daseinsberechtigung. 6. Ein Verzeichnis der wichtigsten, im Reichshaushalte vorgenommenen Verordnungen bringe ich zur Kenntnis. Diese Verordnungen ersuche ich in dienlichen Besprechungen anzuwenden.“ Mit diesem Erlaß knüpft das Arbeitsministerium an die besten Uebersetzungen an. Das Verzeichnis des Arbeitsministeriums fußt auf früheren Verzeichnissen, enthält aber bemerkenswerte Erweiterungen: „unmittelbar“ und „mittelbar“ für „direkt“ und „indirekt“, „Eigentümlichkeiten“ und „Grundstücke“ für „Immobilien“, „Tagebuch“ für „Journal“ und „Gemeinde“ für „Komune“, vor allem aber die reichsamtlige Anerkennung der „Amtschrift“ (Adresse) und der „Belange“ (Interessen). Die Zentralverwaltung soll künftig Hauptverwaltung heißen.

Staates, sie will vielmehr da eingreifen, wo der Staat nicht helfen kann, z. B. der Substantien, Bildlocheren, Druckungen, Wehr- und Fortschrittsreisen. Für solche Zwecke schätzte Veipitz allein bislang 3 1/2 Millionen; Chemnitz wiederum 1 Million; überall in Sachsen zeigt sich Verdrüssnis für das Unternehmen, um den drohenden Verfall der Bildungsinstitute für Ärzte, Chemiker, Philologen, Musiker, Richter usw. aufzuhalten. Ein Grundstock für die Aufgaben der Vereinigung ist da; fast 1/2 Millionen kamen schon 1920/21 den Trägern der Wissenschaft und der Fortschritt zuzugute. Weitere Mittel sind ununterbrochen nötig. Die Altschulemeister in Sachsen sind der Vereinigung korporativ und einzeln willkommen, ebenso alle Kreise des Handels und der Industrie, der Landwirtschaft und der freien Berufe mit einmaligen Stiftungen oder Jahresbeiträgen. (Zuschriften an das Sekretariat der Universität.) Eine Festigung der Vereinigung findet im Juli in der Universität statt.

\* Dresdner Künstler auswärts. Werta Parba von der Staatsoper gehterte mit Karl von der Krühl hervorzuhebenem Gesolge am Neuen Theater Veipitz als Carmen und Heilmarschallin und wirkte bei den Festspielen an den Stadttheatern Göttingen, Göttingen und Frankfurt a. d. O. als Carmen, Aibelto, Brunnhilde, Santuzza, Nedda.

\* Jubelfeier der Bauern „Jis“. Man schreibt uns aus Bauen: Jubiläum über Jubiläum in der Lausitz! An einem Tage: Sedan 700 Jahre Stadt, und während das Donnikst in der Petrikirche auf ein 700jähriges Beisehen zurückblickt, feiert zur gleichen Stunde daneben im Stadtmuseum die naturwissenschaftliche Gesellschaft „Jis“ ihr 70jähriges Beisehen. Ihr Vorsitzender, Studententat Stähler, gab einen Rückblick auf den Wegbegang der Gesellschaft, die am 20. November 1845 als Zweiggesellschaft der bereits im Jahre 1835 gegründeten Dresdner „Jis“ von sieben Herren als „Verein der Budiffener Naturfreunde“ ins Leben gerufen wurde und heute gegen 20 Mitglieder zählt. Im Anschluß an den Festvortrag von Dr. Pfeiffer-Veipitz über: „Neuere Ergebnisse aus dem Gebiete der Gehirnforschung“ führte der Vorsitzende Plakate vor, die das Wesentlichste von dem zeigten, was die „Jis“ auf ihren naturkundlichen Fahrten durch die Lausitzer Heimat entdeckt und erörtert hat. Glühwände überbrachten Geh. Rat Kaschke namens der Kreisbauernschaft Bauen, Stadtrat Göhre namens der Stadt Bauen, Dr. Schade namens der Dresdner Muttergesellschaft, Stadtrat Wilhelm Bittau namens der dortigen Vereinigung „Jis“, der Städtischen Gesellschaft und des Humboldtvereins, Dr. Pöppig-Böbau, der als Geschenk die Zeitschrift „Jis“ 700 Jahre Stadt“ überreichte, namens des Humboldtvereins Böbau, Studententat Raumann-Bauen namens der Gesellschaft für Anthropologie und Ur-

Dresdner Nachrichten Nr. 298